

PiTa 17.09.2014

Marode Schulen: Hoffnung für Pinneberg Pinneberg

Die hoch verschuldete Stadt Pinneberg kann bei der Sanierung ihrer Schulen auf einen neuen Infrastrukturfonds des Landes hoffen. Die Landtagsabgeordnete Ines Strehlau (Grüne) kündigte während einer Diskussionsveranstaltung in der Theodor-Heuss-Schule eine Entscheidung darüber bis Ende des Jahres an. Vom Bund ist indes kein Geld zu erwarten. Pinneberg will bis 2018 rund 35 Millionen Euro in seine sanierungsbedürftigen Schulbauten investieren.

[Seite 3](#)

Pinneberg setzt aufs Prinzip Hoffnung

Marode Schulen: Landespolitiker stellen Infrastrukturfonds in Aussicht / Vom Bund ist kein Geld zu erwarten
Pinneberg

Eine Bürgermeisterin, die täglich betet. Keine klaren Zusagen der Politiker. Stattdessen das Hoffen auf die Gnade der Kieler Haushaltshüter. So lässt sich die Diskussionsveranstaltung zum Thema marode Schulen in Pinneberg zusammenfassen. Die Schulallianz, ein Zusammenschluss von Eltern aller Bildungseinrichtungen im Stadtgebiet, hatte in die Aula der Theodor-Heuss-Schule (THS) eingeladen. Kaum ein Platz blieb leer. Ein Heimspiel für Carolin Schneider. Der Appell der THS-Schülersprecherin in Richtung Politik: „Gehen Sie respektvoller mit uns um.“

Eine Forderung einer Jungwählerin, die manchem Volksvertreter im Ohr nachklingen dürfte. Mit Ines Strehlau (Grüne), Peter Lehnert (CDU) und Kai Vogel (SPD) hatten drei Landtagsmitglieder dem Ruf der Schulallianz Folge geleistet. Flankiert wurden sie von den Bundestagsmitgliedern Valerie Wilms (Grüne) und Ernst Dieter Rossmann (SPD). Moderator Michael Moormann fühlte allen auf den Zahn. Oft bissig, aber nie unfair.

34,5 Millionen Euro will Pinneberg bis 2018 in seine Schulen investieren. Geld, das nicht da ist.

Kernfrage des Abends: Wo soll es herkommen? Aus Berlin etwa? Nein. „Es gibt keine Hoffnung, dass der Bund ein Schulbauprogramm auflegt“, so Rossmann. Das Grundgesetz verbiete ein derartiges Engagement. „Wir haben kein Scheckbuch dabei. Und hätten wir, wären sofort die klebrigen Finger des Landes dran“, salutierte Wilms.

Mehr Hoffnung machten die Abgeordneten aus Kiel: „Derzeit wird überlegt, einen Infrastrukturfonds aufzulegen“, so Strehlau, die bei den Grünen für Bildung zuständig ist. „Wir tauschen uns regelmäßig mit zuständigen Ministern aus und versuchen fast täglich, Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten“, ergänzte Vogel, dessen Frau an einer sanierungsbedürftigen Schule in Pinneberg unterrichtet.

Und Bürgermeisterin Urte Steinberg? Auf Moormanns Nachfrage nach mangelndem Brandschutz gab sie offen Antwort: „Ich bete jeden Tag, dass an unseren Schulen alles gut geht.“ Sie werde beim Land immer wieder nachhaken. Und Jahr für Jahr Millionen in den städtischen Etat einstellen – in der Hoffnung, dass das Kieler Innenministerium nötige Kreditaufnahmen genehmigt. Garantieren könne sie das nicht, so die Rathauschefin. Folge: Ein Raunen unter den 200 Besuchern.

Bleibt der Appell von Uta Holst-Timm, Sprecherin der Pinneberger Schulleiter. Mit der „Flickschusterei“ müsse Schluss ein. Holst-Timm forderte, endlich dafür zu sorgen, dass für die verordnete Inklusion auch baulich die Voraussetzungen geschaffen werden. Ein Schlüsselmoment, ließ sich Wilms doch zu einer entwaffnend ehrlichen Äußerung hinreißen: „Wir beschließen in Berlin oft etwas, ohne uns die Folgen klar zu machen.“ Stürmischer Applaus im Rund. Auch für Moderator Moormann, der einen an Pinnebergs Schulen drehenden ARD-Kameramann zitierte. „Ich war vor sechs Monaten im Kosovo, da sah es genauso aus“, habe der Journalist entgeistert kundgetan.

Andreas Daebeler



Schulsprecherin Carolin Schneider fordert die Politiker, darunter CDU-Landtagspolitiker Peter Lehner, auf: „Gehen Sie respektvoller mit uns um.“
Foto: Daebeler (2)



Schüler, Eltern und Lehrer lauschen den Ausführungen der Landes- und Bundespolitiker.

Baupfusch? Jetzt wird aufgeklärt
Nachdem unsere Zeitung über mutmaßliche Schlamperei bei der Sanierung der Theodor-Heuss-Schule berichtete, erneuerte Bürgermeisterin Urte Steinberg am Donnerstagabend ihr Versprechen, den Skandal aufzuklären. Ein Fachbüro sei beauftragt. „Wir werden der Sache nachgehen.“ Wenn Ergebnisse vorlägen, würden entsprechende Konsequenzen gezogen.
and